Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Szczepanski von: Politische Betrachtungen zur Tat von Sarajevo

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Visual Library

Politische Betrachtungen zur Tat von Serajewo

Von Dr. von Szczepanski, Major a. D.

Seitdem der österreichische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand einem Mordanschlag erlegen ist, dessen politische und persönliche Beweggründe man weniger in anarchistischen als in nationalistischen Auffassungen zu suchen sich gezwungen sieht, ist für die Politik der Donaumonarchie das schwierige Balkanproblem noch drängender geworden. Als im Oktober 1812 der Balkanbund gegen die Türkei losschlug, erwarteten viele Freunde Österreich-Ungarns, daß es durch Besetzung des Sandschak — womöglich gerechtfertigt durch ein selbstbesorgtes Mandat der Türkei — von vornherein eine Trennung der serbischen und montenegrinischen Streitkräfte herbeiführen und so die räumliche Grenzvereinigung dieser beiden Völker vorbeugend zu verhindern wissen werde. Allerdings hatte es, vornehmlich aus militärischen Rücksichten, den Eigenbesitz des Sandschak schon früher verschmäht. So hat denn das Bewußtsein, dort für sich selbst nichts wollen zu dürfen und dennoch durch solches prohibitive Vorgehen vielleicht die russischen Waffen auf sich zu ziehen, damals jede energische Aktion verhindert, während auf dem Balkan fortgesetzt die wichtigsten Entscheidungen, die Österreichs Machtstellung nicht unberührt ließen, sich abspielten. Als Ursache jener Zauderpolitik der Regierung wird in der österreichischen Presse jetzt vielfach die Verbindung mit dem Deutschen Reiche genannt: von dort her seien warnende, eben der Besorgnis vor der russischen Waffenmacht entsprungene Einflüsse gekommen. In Wahrheit dürfte höchstens ein Hinweis erfolgt sein, daß Österreich-Ungarn für eine kräftige Außenpolitik militärisch doch nicht fertig genug war. Aber auch dann noch bleibt immer die Frage offen, inwiefern die Regierung in Wien sich gezwungen sah, von eigener, selbständiger Entschließung abzusehen und den Ratschlägen des mächtigsten Dreibundgenossen zu folgen. Man muß wohl eher annehmen, daß noch andere Überlegungen mitsprachen und vor allem die Befürchtung vorlag, auf dem Balkan zugleich in Reibungen mit dem anderen Dreibundgliede, mit Italien, zu geraten — und dieses Er-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

gebnis aktiven Auftretens österreichischerseits konnte natürlich auch in Berlin nicht erwünscht sein. Würde aber dann nicht mehreres darauf hindeuten, daß es für Österreich-Ungarn innerhalb des Dreibundes schwer ist, selbständige europäische Politik zu treiben?

Die Gründe für die hier berührte Schwierigkeit liegen doch wohl nicht im Dreibundverhältnis, sondern bei diesem Bundesgliede selbst. Eben das beweist der in Serajewo vollführte Mordanschlag, welcher in dem Opfer ein politisches System treffen wollte, das für die Donaumonarchie eine Zukunft zu haben schien. Es ist ja jetzt müßig, zu raten und abzuwägen, ob Erzherzog Franz Ferdinand als Kaiser in der Politik rein dynastische oder klerikale, ob er trialistische oder imperialistische Wege gewandelt wäre. Das eine scheint jedoch sicher, daß jeder von ihm gewählte Weg nur ein Mittel hätte sein sollen, um das Ländergebilde der österreichisch-ungarischen Monarchie zu dem zu machen, was es, geschichtsphilosophisch angesehen, eigentlich noch nicht ist: zu einem Staat. Zur Idee eines Staates gehört nämlich, nach Ranke, „das Bewußtsein nicht allein eines äußeren, sondern auch eines inneren Zusammenhanges," gehört die Sicherheit, daß Regierungswille und Volkswille nicht erst an den Wendepunkten der Geschichte eines Reiches, sondern in dessen täglichem innersten Leben stets wieder sich begegnen. Nun ist aber trotz des gemeinsamen Staatsoberhauptes die Verfassung der Donaumonarchie nicht nur föderativ, sondern sogar in Hervorbringung des Staatswillens durchaus dualistisch. Man braucht sich nur des Einflusses zu erinnern, den die Interessen der Ungarn auf die Gestaltung des Wehrwesens im Reich mitausübten. Aber abgesehen von diesem verfassungsmäßigen Dualismus, besteht er praktisch auch in der österreichischen Reichshälfte, wo in Fragen der inneren Politik die Regierung Franz Josefs stets wieder in die Lage kam, die Nationen gegeneinander ausspielen zu müssen und, so oft dieses Manöver mißglückte, von dem berühmten § 14 Gebrauch zu machen, der ihr das Recht zu zeitweiliger, fast absolutistischer Verwaltungsweise gibt.

Gewiß hat nun gerade der äußere Anschluß an das Deutsche Reich dazu geführt, daß in der inneren Politik die Neigung herrscht, das slawische Element zu bevorzugen. Die scharfen Gegensätze in Cisleithanien zwischen Deutschen und Tschechen stärken wiederum den politischen Wert der transleithanischen Stimmen bei allen Regierungsmaßnahmen. Aber deren unabhängigere und einflußreiche Stellungnahme zu allen großen Willensfragen des Staatslebens ist noch auf andere Weise historisch erwachsen. Die selbständige und europäisch bedeutende Macht Österreichs begann einst erst mit der Wiedereroberung von Ungarn, und durch Mäßigung in seinen nationalen Forderungen nach dem Feldzug von 1866 hat eben dieses Ungarn die eigenstaatlichen Interessen nur fester neben und innerhalb derer der Gesamtmonarchie aufgepflanzt. Und nun sehen wir das madjarische Volkstum mit den österreichischen Nordslawen nicht ungern im Bunde gegen das deutsche Element im Reiche, während es anderseits in einem gewissen Gegensatz zu den Südslawen steht. Alles dies verwirrt

und erschwert die Verhältnisse für die gemeinsame Staatsleitung, besonders wenn es sich um Lebensfragen auf dem Gebiet der auswärtigen Politik handelt.

Daneben bleibt es eine geschichtliche Erfahrung, daß die politisch ungünstigen Verhältnisse eines Landes infolge mangelnder Staatseinheit durch das Geschick und die Willenskraft einer starken Persönlichkeit gewendet und glücklich geleitet werden können. Warum hätte beispielsweise Franz Ferdinand einst den kirchlichen Gegensatz des römisch-katholischen zum orthodoxen Bekenntnis nicht zu Hilfe nehmen sollen, um unter diesem Zeichen die drei großen Völker der Monarchie, Deutsche, Tschechen und Ungarn, gegen die Südslawen zu führen? „Wo Waffen und Idee einen Bund schließen, sind sie immer unwiderstehlich gewesen" — und wenn der religiöse Gedanke die genügende Zugkraft in unserem Zeitalter nicht mehr fände, so war noch immer der imperialistische, das weltwirtschaftliche Motiv, verfügbar. Insofern also ist der Serajewoer Anschlag folgerichtig erdacht, als eine Persönlichkeit beseitigt wurde, die man für tatkräftig genug halten durfte, um aus dem Zustand der Abwehr, in dem die Donaumonarchie unter Franz Josef den Südslawen gegenüber sich verhielt, zum Angriff überzugehen. Nun hat der politische Mord seine sehr lange, alte und interessante Geschichte, aus der viel Wissenswertes und Nachdenkliches sich herausheben ließe. Hier sei nur darauf aufmerksam gemacht, daß das Zeitalter der Aufklärung auch der politischen Mordlust für fast ein Jahrhundert Einhalt getan hatte. Sie beseitigen hat es nicht gekonnt, wohl aber ihre schlimmsten Folgen, denn es verringerte den politischen Wert der Einzelpersönlichkeit. Mit der Verbreiterung und Vertiefung der Ideen über Menschheit und Staat ist die Entwicklung der Ereignisse von dem Dasein einzelner Männer unabhängiger geworden. Ideen lassen sich nicht mehr mit dem Menschen totschlagen; hemmen kann der Mord, keineswegs aber vernichten was dem geschichtlichen Fortschritt entgegenreift. So ist auch mit Franz Ferdinand nur ein einzelnes Leben hinweggerafft, das vielleicht nicht einmal ein wesentliches Moment in der Geschichte bildet; es ist aber nicht der politische Zustand aus der Welt geschafft, aus dem die Zukunft sich gestaltet.

Dieser dürfte den Bestrebungen der Serben nicht günstig sein. Von den nächsten Nachbarvölkern werden weder die Türkei noch Bulgarien diesem gehaßten Gegner beispringen. Rußlands Mobilisierungskünste mögen eine moralische Rückendeckung geben — warum es hier an einem ernstlichen Eintreten für Serbien doch fehlen dürfte, wird noch zu erörtern sein. Rumänien, das zwar Rußland sich politisch genähert hat, wird kaum einem Unternehmen entgegentreten, das sich zur Aufgabe stellt, die Gefahr eines großserbischen Reiches, dessen Anfänge im dem geplanten Zusammenschluß Serbiens mit Montenegro sich zeigen wollen, zunächst einmal gründlich zu beseitigen. In Bukarest erstrebt man doch ein bestimmtes Maß von Vorherrschaft oder wenigstens von Schiedsherrschaft auf dem Balkan, wo aber die Machtverhältnisse doch so liegen, daß jede etwaige Machtverschiebung zugunsten Serbiens oder des diesem befreundeten Griechenlands den rumänischen Staat in den Hinter-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

grund drängen und schließlich in ernste Abhängigkeit von Rußland bringen könnte. Deshalb hat eigentlich auch Rumänien das größte Interesse daran, daß die albanischen Zustände geordnet und jene beiden Balkanstaaten gehindert werden, dort fortgesetzt das Feuer zu schüren oder gar schließlich an albanischem Territorium selbst sich zu bereichern. Den Griechen dürfte bei Verfolgung solcher Absichten auch Italien im Wege stehen — und wenn man in Wien verstände, mit Rom über eine radikale Lösung der albanischen Frage sich zu einigen, könnte Österreich-Ungarn wohl mit Aussicht auf Erfolg das Schwert gegen Serbien sprechen lassen. Die Furcht vor Rußland, dem man zutraut, es werde Österreich-Ungarn in den Arm oder gar in den Rücken fallen, scheint unbegründet. Auch im Deutschen Reich herrscht vielfach die Meinung, die russische Regierung suche den Krieg in Europa. Eingeweihte dagegen wissen, daß beispielsweise während der Balkankriege das nahe verwandtschaftliche Verhältnis der bei der Londoner Konferenz beglaubigten Vertreter Deutschlands, Österreich-Ungarns und Rußlands mehrfach dazu beigetragen hat, in ernsten Augenblicken die Formen des Meinungsaustausches zu mildern und der Erhaltung friedlicher Beziehungen unter den großen Mächten ehrlich zu dienen — ein diplomatisches Stück, das doch nur bei entsprechendem Willen der Regierungen durchführbar war. Und auch das angeblich gegenteilige Verhalten des so schnell verstorbenen russischen Gesandten in Belgrad, Herrn v. Hartwig, der seiner Regierung am besten zu dienen glaubte, wenn er den südslawischen Ansprüchen den Rücken steifte, beweist doch nur, daß eben die Entscheidung über Krieg und Frieden nicht in den Händen der Diplomaten, sondern in denen der Staatsmänner liegt. Ein Staatsmann wird glückhafte äußere Politik meist nur dann treiben, wenn er sie in Einklang hält mit der Staatsidee; die aber zwingt das russische Reich keineswegs, einer Hemmung des serbischen Selbstbewußtseins und Brandlegens Einhalt zu tun.

Einige Blätter nun suchen die voraussichtliche Friedensgeneigtheit des Zaren mit der Solidarität der Herrscher vor der Idee des skruppellosen Königsmordes zu begründen. Sie prophezeien auf dieser Basis sogar eine Annäherung der drei europäischen Kaiserreiche, die sich dann also als ein Angstprodukt dynastisch-legitimistischer Weltanschauung gegenüber dem Radikalismus von Anarchisten und Nationalisten darstellen würde. Unbedingt verabscheuungswürdig sind selbstverständlich solche feigen Meuchelmorde wie der, welcher in Serajewo verübt wurde. Die Sicherung des Lebens der Herrscher ist aber eine polizeiliche Aufgabe, deren Unterstützung durch diplomatische Vereinbarungen notwendig werden kann; schwerlich aber darf sie zur politischen Tendenz im Staatsleben gemacht werden. Für den Staat und die Staatsidee leben, denken, sterben — das ist eben Königshandwerk, das hat Friedrich der Große alle Monarchen gelehrt, und darum darf es als gleich ehrenvoll gelten, ob einer von ihnen auf dem Schlachtfelde oder in Ausübung seiner hohen Friedenspflichten einem Gegner fällt und den Zoll des Lebens zahlt. Gehen wir aber von diesen gefühls-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

mäßigen Betrachtungen zu den Fragen der praktischen Politik zurück, so muß man sich doch sagen, daß eine plötzliche engere Verbindung mit Rußland sehr wahrscheinlich die soeben gebesserten Beziehungen des Deutschen Reiches zu England lockern würde. Innerhalb der großen politischen Konstellation — Dreibund gegenüber Dreiverband — weisen aber alle unsere realen Interessen auf ein ungetrübtes Verhältnis zum Inselreich, ohne daß wir deshalb unfriedliche Gesinnungen gegen den östlichen Nachbar hegen müßten. Nun sind ja Rückversicherungen keine ungewohnten Züge mehr auf dem Schachbrett der Diplomatie, nur sollten sie nicht den Anschein einer Schaukelpolitik erwecken, sondern Ausdruck und Zeichen selbstsicherer Stärke sein. Natürlich hat niemals irgendein föderatives System der auswärtigen Politik Anspruch auf ausschließliche oder unveränderliche Geltung. Ein mächtiger Staat wird vielmehr nur solche Verbindungen festhalten oder aufsuchen, die ihm jene Bewegungsfreiheit gewährleisten, welche zur zweckdienlichen und fortschreitenden Entfaltung der in seinem Innern tätigen Kräfte nötig ist. Es kann also nicht nur die Ähnlichkeit des Verfassungs- und Regierungssystems bei solcher Wahl entscheiden; es sprechen auch soziale und kulturelle Fragen mit. Nun beruht in Rußland die innere Entwicklung doch noch immer auf dem Moment des Zwanges, in England, das in seinen politischen Einrichtungen doch so konservativ im Sinne von Beständigkeit ist, auf dem der Freiheit. In Österreich-Ungarn wird, wie schon erwähnt, der innere Fortgang durch das Mittel des Ausgleichs erstrebt. Im Deutschen Reich möchte man ein Element der Erziehung als denjenigen Faktor erkennen, der die Staatseinheit festigen, die Staatsgröße fördern will. Die theoretischen Folgerungen für die Bündnispolitik dieser Staaten ergeben sich daraus von selbst.

Der praktischen Staatskunst der europäischen Großmächte ist durch die Tat von Serajewo die nicht leichte Aufgabe nahegelegt, unter sicherer Wahrung des allgemeinen Friedens die politischen Ruhestörer endlich unschädlich zu machen. In dem gegenwärtigen Zeitalter der Friedensbewegung hängt von dem Gelingen für eine universalgerichtete Geschichtsbetrachtung die Beantwortung der Frage ab, ob die einstige romanisch-germanische Staatengemeinschaft, die heute als Kulturgemeinschaft fortbesteht, einer Entwicklung zu europäischer Geltung fähig ist.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG